

Vorbild BRD

Patronatsdachverband UEL wiederholt seine »Empfehlungen« an politische Parteien – »Desindexierung der gesamten Wirtschaft« und »schlanker Staat« gefordert

Die Befunde seien »die gleichen geblieben«, hieß es am Dienstag in der Handelskammer auf dem Kirchberg, wo der Patronatsdachverband UEL seinen seit 2006 alljährlich erscheinenden Rapport über die Entwicklung der Verwertungsbedingungen des Kapitals in Luxemburg vorstellte: eine höhere Inflation als in den Nachbarländern, steigende Lohn- und Energiekosten, eine weiter steigende Arbeitslosigkeit vor allem bei Jugendlichen sowie mehr und mehr »aus den Fugen geratende« öffentliche Finanzen.

Während Luxemburg beim diesjährigen »Global Competitiveness Report« des Weltwirtschaftsforums (WEF) erneut auf dem 22. Platz gelandet sei, habe sein Haupthandelspartner Deutschland den vierten und Belgien immerhin den 17. Platz belegt. Lediglich das dritte Nachbarland Frankreich sei einen Platz hinter Luxemburg gelandet, beklagte Carlo Thelen, Chefvolkswirt der Handelskammer, bei der Vorstellung des »Annuaire de la compétitivité 2013«. Aus Sicht des Patronats gebe es sechs Hauptschwierigkeiten: eine zu restriktive Reglementierung der Arbeit, eine unzureichende Qualifizierung der Arbeitskräfte, Bürokratie, eine zu geringe »Innovationskapazität«, ein schlechter Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für Betriebe und eine vergleichsweise hohe Inflationsrate. Weil die Löhne im Großherzogtum zu hoch seien, hätten die hier ansässigen Unternehmen Marktanteile an die



Der neue UEL-Generalsekretär Nicolas Henckes, Nicolas Soisson und Carlo Thelen während der gestrigen Pressekonferenz

ausländische Konkurrenz verloren.

Seit dem Jahr 1999 habe der öffentliche Dienst rund 30.000 Neueinstellungen vorgenommen, was einer Erhöhung um 75 Prozent entspreche. Gleichzeitig sei die gesamte Beschäftigung lediglich um 50 Prozent und die Bevölkerung sogar nur um 22 Prozent gewachsen, rechnete Thelen vor. In Zukunft müsse »geschaut werden, ob derart massive Rekrutierungen wirklich nötig sind oder ob es da nicht andere Wege gibt«, so die verklausulierte Kampfansage der UEL an die im öffentlichen und parastaatlichen Sektor Beschäftigten. Vor allem aber hat das Patronat die im Privatsektor Beschäftigten im Visier. So beklagte Thelen,

im Vergleich zu Deutschland seien die Lohnstückkosten in Luxemburg seit 2005 »um mehr als 20 Prozent schneller gestiegen«. Zur anstehenden Mindestloohnerhöhung erklärte Thelen, die Mindestlohneempfänger würden »die Produktivität nicht hergeben, die solch hohe Löhne rechtfertigen würde«.

Daran anknüpfend erklärte FEDIL-Direktor Nicolas Soisson in seiner Funktion als Leiter der UEL-Arbeitsgruppe »Affaires économiques – Fiscalité«, Luxemburg müsse sich »an die Entwicklungen im übrigen Europa und in der ganzen Welt anpassen«. Es könne uns »nicht egal sein, was unsere Nachbarn tun«. Insbesondere von der BRD müsse die nächste Regierung

lernen und »kurzfristig Strukturereformen umsetzen«. Trotz wiederholter Indexmanipulation und der Renten Kürzungsreform der CSV/LSAP-Regierung sei bisher »nicht genug geschehen«. Übrigens habe auch die EU-Kommission Luxemburg aufgefordert, »sein Lohnfindungssystem zu reformieren«, oder deutlicher gesagt: »die gesamte Wirtschaft zu desindexieren«.

Wenn das Großherzogtum der Gefahr begegnen wolle, weitere Marktanteile an die ausländische Konkurrenz zu verlieren, so Soisson, »können wir uns nicht mehr erlauben, den Mindestlohn alle zwei Jahre zu erhöhen und jedes Jahr eine Indexbranche auszubezahlen«.